

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2021

29. Juli 2021



Liebe Leserinnen und Leser,

wir gehen nun in die zweiten Sommerferien mit Corona und der Landesregierung ist es immer noch nicht gelungen, ein Konzept zu erarbeiten, um unsere Schulen krisensicher zu machen und erneute Schließungen zu verhindern. So wie es bis jetzt aussieht, wird unsere Landesregierung nächsten Herbst wieder in ein unwägbares Schuljahr stolpern und Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler samt ihrer Eltern nicht wissen, ob und wie Unterricht stattfinden kann. Die vom Ministerpräsidenten viel bemühte Aussage, dass Schulen keine Infektionstreiber sind, ist ja nun hinlänglich widerlegt. Wir werden nach den Sommerferien mit vielen Reiserückkehrern und einer geringen Impfquote in der Schülerschaft ein relevantes Ansteckungsrisiko an unseren Schulen haben. Trotz dieser Aussicht haben sowohl die neue Kultusministerin als auch der Ministerpräsident noch keine wirksamen Maßnahmen vorgelegt. Einfach wieder nur die Schulen zu schließen kann und darf nicht die Lösung sein. Was Grün-Schwarz im Bildungsbereich treibt, halte ich für eine gefährliche Mischung aus Sorglosigkeit und Ignoranz.

Das vergangene Schuljahr war wieder ein herausforderndes, anstrengendes und für viele Schülerinnen und Schüler ein schlimmes, ja katastrophales Jahr. Gerade Kinder und Jugendliche leiden unter der Pandemie, vor allem unter den damit einhergehenden Einschränkungen. Diese bedeuten teils gravierende Einschnitte in ihr junges Leben und in eine gesunde altersgerechte Entwicklung, wie Kinderärzte und Kinderpsychologen bestätigen. Und auch unsere Studentinnen und Studenten dürfen wir hier nicht vergessen, die bereits das dritte Semester nicht an ihre Hochschulen können und unter dem mangelnden Austausch und sozialer Isolation leiden. Der Weg aus der Pandemie ist die Impfung. Es muss uns gelingen,

so viele Menschen wie möglich zu erreichen und davon zu überzeugen, dass wir nur so zurück zu einem einigermaßen alltäglichen Leben kommen können.

Doch als wäre Corona nicht schon schlimm genug, haben Unwetter in manchen Regionen der Republik große Verwüstungen angerichtet und viele Verletzte und Menschenleben gefordert. Wer jetzt noch behauptet, das habe mit Klimawandel nichts zu tun, spottet der Opfer und handelt verantwortungslos für zukünftige Generationen. Wir müssen endlich gegen den Klimawandel ankämpfen und zwar nicht nur mit Sonntagsreden und schönen Überschriften, sondern mit konkretem und sofortigem Handeln. Daran muss sich die neue Landesregierung messen lassen. Bis jetzt ist noch nicht wirklich etwas geschehen. Wir werden sehen, was das neue Klimaschutzgesetz bringt, das voraussichtlich im Herbst verabschiedet wird.

Mit der Bundestagswahl am 26. September haben es die Menschen in der Hand, wie es mit unserer Republik weitergeht. Die SPD hat mit ihrem Zukunftsprogramm einen guten Weg aufgezeigt, wie wir unser Land sicherer, klimafreundlicher und gerechter machen können. Und in unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz haben wir einen erfahrenen, handlungsbereiten und handlungsfähigen Politiker an der Spitze, der gezeigt hat, dass er auch Extremsituationen gewachsen ist. Sowohl in der Pandemie als auch jetzt bei den Unwetterkatastrophen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat er als Bundesfinanzminister und Vizekanzler für schnelle finanzielle Unterstützung gesorgt und die dringenden Soforthilfen für die Betroffenen unverzüglich bereitgestellt.

In der Hoffnung, dass die Infektionen über den Sommer nicht zu stark ansteigen, damit wir mit möglichst niedrigen Inzidenzen in den Herbst gehen können, wünsche ich Euch und Euren Familien und Freunden einen schönen Sommer und hoffe, dass Ihr die schönste Zeit des Jahres trotz allem genießen könnt. Und ich wünsche natürlich wie immer eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Nachtragshaushalt

Nach Dritter Lesung wurde der Nachtragshaushalt mit den Stimmen von Grün-Schwarz in der 10. Sitzung des Landtags am 21. Juli verabschiedet. Damit kann das Land neue Kredite über 1,2 Milliarden aufnehmen und die Verschuldung steigt auf den Rekord von 14,7 Milliarden Euro. Dazu Auszüge aus meiner Rede zur Ersten Lesung in der 9. Sitzung am 14. Juli:

Die SPD hält Investitionen in der Not für richtig. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass ein starker handlungsfähiger Staat die Grundlage unserer Gesellschaft ist. Aber wichtig ist, woher das Geld dafür genommen wird und wofür. Die Landesregierung beruft sich erneut auf den Katastrophenfall, um Milliardenkredite aufzunehmen. Der Nachtragshaushalt ist keineswegs schlank, wie Finanzminister Bayaz verkündet, und vom Kassensturz fehlt jede Spur. Das Land verschuldet sich bei vollen Sparstrümpfen. Allein aus dem völlig ungenutzten Beteiligungsfonds stünden eine Milliarde Euro zur Verfügung. Noch stattlichere Reserven ergeben kassenmäßige Haushaltsüberschüsse von über 3,2 Milliarden Euro und Ausgabenreste aus 2020. Dieses Geld muss verwendet werden und nicht neue Schulden. Viele der geplanten Investitionen haben nichts mit Corona zu tun, z.B. der Breitbandausbau. Er ist zweifellos wichtig, hat aber nichts im Nachtragshaushalt zu suchen, ebenso wenig wie neue Stellen in den Ministerien. Stattdessen warten die Schulen immer noch auf Konzepte, damit sie im Herbst krisensicher sind. Die Landesregierung tut nichts, damit coronabedingte Lernrückstände aufgeholt werden können. Wir fordern einen Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler, eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte und pädagogische Assistenzen, ein Landesnachhilfeprogramm sowie Luftreinigungsgeräte für alle Klassen. Auch für Vereine und ehrenamtliches Engagement sowie Veränderungen im Gesundheitswesen liegen keine Konzepte vor. Wohin gehen dann die Milliarden? Der Nachtragshaushalt ist der Vorsicht und Vorsorge geschuldet. Die Schulden, die 2022 drohen, werden jetzt schon gemacht, weil noch das Deckmäntelchen der Pandemie übergeworfen werden kann – in der Hoffnung, dass niemand diesen Trick durchschaut. Auch die Stuttgarter Zeitung sieht darin eine missbräuchliche Aktivierung der Ausnahme zur Schuldenbremse. Die SPD fordert eine genaue Auflistung der Maßnahmen und Investitionen dort, wo sie wirklich durch die Pandemie nötig geworden sind – und zwar mit dem Geld, das das Land in den Kassen hat. Wir brauchen eine solide Finanz- und keine Verschuldungspolitik! Deswegen lehnt die SPD diesen Nachtragshaushalt ab.

Vorbereitung auf Unwetterlagen

Aufgrund der katastrophalen Geschehnisse durch Starkregen und Sturzfluten wollte die SPD in einer Aktuellen Debatte in der 10. Sitzung des Landtags am 21. Juli wissen, wie gut Baden-Württemberg auf solche Unwetter vorbereitet ist. Hier Auszüge aus meiner Rede:

Die tragischen Unwetter in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind eine Katastrophe, die mehr als 160 Menschen aus dem Leben gerissen, Tausende Verletzte und Zigtausende ohne ein Dach über dem Kopf und nur mit dem, was sie auf der Haut trugen, zurücklassen hat. Wir schauen auf Ortschaften, die von Grund auf wieder aufgebaut werden müssen. Wir stehen vor Milliarden Schäden und es wird Monate, sogar Jahre dauern, um wieder alles aufzubauen. An dieser Stelle geht mein Dank an alle im Land, die dabei helfen, vor allem an unsere Blaulichtorganisationen.

Diese Katastrophe wirft die Frage auf, wie Baden-Württemberg vorbereitet ist. Solche Unwetter werden wieder auftreten und es kann kein Zweifel sein, dass der Klimawandel dafür verantwortlich ist. Deswegen müssen wir gemeinsam etwas dafür tun, um den Klimawandel zu stoppen. Die Ziele der Landesregierung dürfen sich nicht in schönen Formulierungen erschöpfen, sondern müssen mit den richtigen Prioritäten umgesetzt werden. Alles was richtig und wichtig ist, wird die SPD-Fraktion unterstützen. Es reicht aber nicht, nur über den Klimawandel zu lamentieren. Wir müssen die richtigen Lehren aus den Ereignissen ziehen und Hochwasser- und Bevölkerungsschutz ausbauen und stärken. Wir müssen Konsequenzen hinsichtlich Personalplanung und Materialbeschaffung ziehen, z. B. eine Bundesvorratshaltung und Zivilschutzmaßnahmen wiederbeleben und effektive Warnsysteme installieren. Wir brauchen Risikokartierungen und Notfallpläne für Starkregenereignisse. Dabei darf das Starkregenmanagement nicht nur Aufgabe der Kommunen sein. Hier müssen Bund und Länder an ihrer Seite stehen, um effektiven Schutz und Hilfe zu gewährleisten. Dabei geht es nicht allein um Geld, sondern auch um die Rahmenbedingungen, um schnellere Genehmigungsverfahren und die Einführung einer Elementarpflichtversicherung. Wir sollten auch zuhören, wenn Hilfsorganisationen darauf hinweisen, dass Gelder für die Akuthilfe im Katastrophenfall stagnieren und sie eine Landeskatastrophenschule vermissen. Und wenn Meteorologen monieren, dass Warnhinweise zu oft auf die leichte Schulter genommen werden. Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, dass wir zukünftig deutlich schneller reagieren und besser vorbereitet sind.

Absenkung des Wahlalters

In der 10. Sitzung des Landtags hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre eingebracht. Damit würden Jugendliche auch bei Volksabstimmungen ab 16 wahlberechtigt. Obwohl diese Absenkung im Koalitionsvertrag steht, lehnte Grün-Schwarz den Gesetzentwurf ab.

Sascha Binder, rechtspolitischer Sprecher der SPD im Landtag, erklärt, dass seine Fraktion mit dem Gesetzentwurf ein Signal setzen und die Absenkung des Wahlalters bewusst vorwegnehmen wollte, um sie nicht den Streitigkeiten über ein großes Wahlrechtsreformpaket zu unterwerfen. Das habe auch der Landesjugendring begrüßt. Die Argumentationen der Regierungsfractionen hätten sich in den Beratungen nicht mit dem Inhalt des Gesetzentwurfs auseinandergesetzt. Die SPD wolle, dass junge Menschen sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen und mitbestimmen, wenn es um die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft geht. Viele Jugendliche täten dies in vielfältiger Form, dürften aber bislang bei Landtagswahlen nicht wählen. Dies wolle die SPD ändern. Der Vorwurf, man würde Politik auf dem Rücken der jungen Menschen machen, werde der parlamentarischen Demokratie nicht gerecht. Es gebe eine große Koalition in diesem Landtag, die hier Größe hätte zeigen können, um diesen Inhalt und das verbale Aufeinanderzugehen auch tatsächlich zu dokumentieren. Das Ja zu diesem Gesetzentwurf wäre heute nur eine kleine Anstrengung gewesen. Die SPD sei davon ausgegangen, dass Zusammenarbeit oder Schulterschluss der Fraktionen bei der Wahlrechtsreform heißt, dass zu ergebnisoffenen Gesprächen eingeladen wird und nicht, dass man aus der Zeitung erfährt, dass es bereits einen Referentenentwurf gibt. In der Ersten Lesung habe der Innenminister erklärt, er mische sich in Wahlrechtsfragen nicht ein. Inzwischen soll aber in seinem Haus ein Referentenentwurf erstellt werden und erst, wenn dieser vorliege, soll sich der Landtag auf dieser Grundlage zusammensetzen. Damit sei ein Fahrplan vorgelegt worden, der nicht verhandelbar ist. Die Landesregierung habe vorgegeben, wie das Gesetzgebungsverfahren stattzufinden habe. Da stelle sich die Frage, ob das wirklich der Beginn einer guten Zusammenarbeit, eines Schulterschlusses aller demokratischen Fraktionen in diesem Parlament sein könne. Binder würde sich wünschen, dass man sich hier an einen gemeinsamen Tisch setzt, um das Wahlrecht zu diskutieren und zu verhandeln und erst dann - auch mit Unterstützung des Innenministeriums - einen gemeinsamen Gesetzentwurf einbringt.

Vorkehrungen für nächstes Schuljahr

Ob die grün-schwarze Landesregierung ausreichend Vorkehrungen für ein sicheres und herausforderndes Schuljahr 2021/2022 getroffen hat, erfragte die SPD-Fraktion in einem Antrag, der in der 11. Sitzung des Landtags am 22. Juli diskutiert wurde.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Stefan Fulst-Blei, weist darauf hin, dass es nur noch sieben Wochen bis zum Beginn des nächsten Schuljahres sind. Mit dem vorliegenden Antrag wolle die SPD erreichen, dass die Schulen erfahren, worauf sie sich einstellen können und was ihnen im Herbst abverlangt wird. Bisher gebe es seitens der Landesregierung keinerlei Informationen dazu. Außer Hinweise zum Unterstützungsangebot Lernen mit Rückenwind stehe nichts auf der Homepage des Kultusministeriums. Das heiße, dass die Schulleitungen wieder mit deutlicher Mehrbelastung rechnen müssen. Fulst-Blei kritisiert, dass Geld für eine Stellenvermehrung in den Ministerien vorhanden sei, für mehr Lehrerstellen und Assistenzkräfte aber nicht. Dies halte er für grob fahrlässig, denn es fehle an allen Enden an Lehrkräften und Assistenten. Mancherorts sei sogar der Schulbetrieb gefährdet, wie in Mannheim, wo eine Schule ihren Ganztagsbetrieb einstellen müsse. Eltern protestieren und auch das RKI fordert mehr Lehrerinnen und Lehrer. Deswegen stelle sich die Frage ans Kultusministerium, warum denn nicht mehr Stellen beantragt wurden. Ein weiterer Kritikpunkt sei, dass die Schulen keine Luftfilter erhalten. Dies zeige einmal mehr den Stellenwert, den die Schulen für diese Landesregierung haben. Der Ministerpräsident habe zwar einen kleinen Fördertopf für Luftfilter aufgemacht, hoffe aber, dass das Geld nicht in die Kommunen abfließe. Ein Übriges tue die Stuttgarter Studie, die die Sinnhaftigkeit von Luftfiltern infrage stellt. Und die Kultusministerin empfehle derweil „mehr Taschentücher“. So gefährde die Landesregierung sehenden Auges die Gesundheit unserer Kinder. Fulst-Blei fordert Grün-Schwarz auf, endlich zu handeln.



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Im Wahlkreis

Klare Wahlsiege der SPD bei OB-Wahlen

Sowohl Michael Salomo als auch Frederick Brütting haben bei den OB-Wahlen in Heidenheim und Aalen bereits im ersten Wahlgang mit beeindruckender Mehrheit gewonnen. Das zeigt, dass die SPD auf kommunalpolitischer Ebene auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielt und die Menschen in ihre Arbeit vertrauen.



Mit Michael Salomo werden wir einen jungen motivierten und gleichzeitig im Verwaltungswesen erfahrenen neuen Oberbürgermeister für Heidenheim bekommen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und hoffe, dass er auch weiterhin volle Unterstützung durch die Gemeinderatsfraktionen von SPD, Grünen und Freien Wählern erhält, aber auch des übrigen Gemeinderats und der Verwaltung.

Leni Breymaier auf Ostalb-Radtour

Zum vierten Mal bereist unsere Bundestagsabgeordnete und Kandidatin für die Bundestagswahl im September die Ostalb mit dem Rad und lädt zum Mitfahren und zu Gesprächen ein. Vom 31. Juli bis zum 6. August ist Leni im Kreis Heidenheim und im Ostalbkreis unterwegs. Wer Lust hat, kann sich ihr gerne anschließen. Nähere Infos und Anmeldung gibt es unter leni.breymaier.wk@bundestag.de oder 07361/5588093.

LENI BREYMAIER MdB
SOZIALDEMOKRATIN.



Förderpreis des Landtags für Jan Bulling



Zahlreichen Schülerinnen und Schülern aus meinem Wahlkreis konnte ich in den letzten Jahren zur erfolgreichen Teilnahme am Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung gratulieren. Nun durfte ich aber ganz besondere Glückwünsche überbringen, denn Jan Bulling vom Buigen-Gymnasium in Herbrechtingen hat beim diesjährigen Wettbewerb einen ganz besonderen Preis errungen. Insgesamt fast 2900 Schülerinnen und Schüler aus ganz Baden-Württemberg haben trotz eines herausfordernden Schuljahrs am Wettbewerb teilgenommen. Die Jury entschied sich nach intensiver Prüfung aller Arbeiten und gründlicher Beratung für sechs Beiträge, die sich besonders hervorgehoben haben. Einen dieser landesweit sechs Förderpreise erhielt Jan Bulling für seine Ausarbeitung zu Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz. Da eine persönliche Übergabe im Landtag aufgrund der Pandemie nicht stattfinden konnte, lud die Schulleitung mich ein, den Preis im Rahmen eines Schulbesuchs persönlich zu übergeben.

Auch in diesem Jahr richtet der Landtag wieder einen Schülerwettbewerb unter dem Motto „Komm heraus, mach mit!“ aus. Ich hoffe, dass auch hier wieder viele Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis teilnehmen. Denn es ist wichtiger denn je, dass sich Jugendliche mit den aktuellen politischen Fragestellungen und Problemen unserer Zeit auseinandersetzen. Schließlich soll für zukünftige Landtagswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt werden, was wir als SPD-Fraktion jüngst auch mit einem entsprechenden Antrag gefordert haben.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de